

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 4. Sitzung

am Mittwoch, dem 24. August 2005, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

in Vertretung von Peter Sönnichsen

Rolf Fischer (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

in Vertretung von Anette Langner

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Hans Müller (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung von Minister Uwe Döring und Staatssekretär Peter Nissen Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa	5
2. Aktueller Sachstand zur Vorbereitung der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28. bis 30. August 2005 in Vilnius	9
Berichterstatter: Landtagspräsident Martin Kayenburg hierzu: Umdruck 16/99	
3. Konzepte und Strategien für das Auslandsmarketing	12
Berichterstatter: Armin Dellnitz, Geschäftsführer der Tourismus-Agentur Schles- wig-Holstein GmbH	
4. Bericht über die aktuelle Arbeit des Vereins Offene Welt in Kaliningrad	14
Berichterstatter: Pavel Marataev, Geschäftsführer des Vereins Offene Welt in Kali- ningrad hierzu: Umdruck 16/147 und Anlage 1 zu dieser Niederschrift	
5. Auswertung der Anhörung EU-Meeresspolitiken	16
hierzu: Niederschrift zur 2. Sitzung des Europaausschusses, 18. Mai 2005	
6. Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein für das Jahr 2005	17
Drucksache 16/50 (überwiesen am 27. Mai 2005 an den Innen- und Rechtsausschuss und alle übrige Ausschüsse zur abschließenden Beratung)	

7. 2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit **19**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/43 (neu)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/133

(überwiesen am 16. Juni 2005 an den **Sozialausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

8. Verschiedenes

21

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vorstellung von Minister Uwe Döring und Staatssekretär Peter Nissen
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa**

M Döring und St Nissen gehen kurz jeweils auf ihren persönlichen Werdegang ein.

M Döring stellt zur künftigen Zusammenarbeit mit dem Europaausschuss und zu inhaltlichen Schwerpunkten für die 16. Legislaturperiode fest, sein Ziel sei es, dass im Land wahrgenommen werde, dass es wieder einen Europaminister gebe. Er werde sich persönlich zu den Themen einbringen, die Schleswig-Holstein in der Vergangenheit nach vorn gebracht hätten und für das Land von besonderer Bedeutung seien. Traditionsgemäß sei dies vor allem der Bereich der Ostseepolitik. In diesem Bereich habe Schleswig-Holstein sich einen sehr guten Ruf erarbeitet und sei Mitglied in vielen Institutionen und Organisationen. Die Phase des Sicheinbringens, der Festigung und der Konsolidierung sei jedoch inzwischen abgeschlossen. Es gehe jetzt darum, verstärkt miteinander zu definieren, welche Schwerpunkte das Land in Zukunft setzen wolle, denn natürlich befinde man sich hier auch in Konkurrenz mit anderen Regionen und Staaten, die dieses Thema für sich entdeckt hätten.

Er erklärt, in Abstimmung mit Hamburg müsse seiner Meinung nach der Focus insbesondere auf den Bereich der südlichen Ostsee, der Öresundregion, die Region um Danzig, die Wirtschaftsregion St. Petersburg und nordwestliches Russland sowie die Partnerregion Kaliningrad gelegt werden. Wichtig sei ihm dabei, dass für die Ostseekooperation ganz konkrete Aufgaben definiert würden, die in Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern umgesetzt und abgearbeitet werden könnten.

M Döring spricht in diesem Zusammenhang auch das Programm der Landesregierung „Zukunft Meer“ an, das er in den Gremien weiter voranbringen wolle. Hier müsse insbesondere das Thema Schiffssicherheit angepackt werden, das vor dem Hintergrund des zunehmenden Seeverkehrs auf der Ostsee ein immens wichtiges Thema für die Ostseeanrainerstaaten darstelle.

M Döring schlägt für die Zusammenarbeit mit dem Europaausschuss vor, ihm regelmäßig Bericht zu erstatten und dass man vielleicht gemeinsam dazu kommen könne, jeweils zu Jahresbeginn ein Arbeitsprogramm für das Jahr aufzustellen. Sein Ministerium sei gerade dabei, eine Kabinettsvorlage dazu zu erarbeiten, wie man die europäische Zusammenarbeit im Kabinett organisieren könne. Er bietet dem Ausschuss an, nach der Beratung im Kabinett diesen Vorschlag auch dem Ausschuss vorzustellen und dann gemeinsam mit ihm zu überlegen, wie man diese Struktur mit der Parlamentsarbeit verzahnen könne. Ziel müsse es sein, zu definieren, was die künftigen schleswig-holsteinischen Interessen im Rahmen des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission seien. Diesem Problem werde sich die Landesregierung in der nächsten Zeit verstärkt widmen und dieser Prozess könne entsprechend durch das Parlament begleitet werden. Als mögliche zu definierende Schwerpunkte nennt er die finanzielle Vorausschau im Hinblick auf die sich verändernden Gebietskulissen, Förderprogramme und Strukturfonds; den demografischen Wandel; das Thema Optimierung der Rechtsetzung auf der Ebene der EU und die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie im Verhältnis zu den EU-Bürgern.

M Döring kündigt außerdem an, dass er als Mitglied des Ausschusses der Regionen versuchen werde, dem Europaausschuss jeweils die Tagesordnung der nächsten Sitzung so rechtzeitig zuzuleiten, dass man gemeinsam Änderungsanträge erarbeiten und diskutieren könne.

Er spricht außerdem den vom Parlament gewünschten Bericht zum Thema Frühwarnsystem an und erklärt, dieser werde konkrete Vorschläge für die Organisation innerhalb der Regierung, aber auch in der nötigen Bescheidenheit für mögliche Organisationsstrukturen für die parlamentarische Arbeit enthalten.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, begrüßt die Ankündigung des Ministers, in Zukunft als Europa-minister starke Präsenz im Land zu zeigen und seine Zusage, mit dem Europaausschuss eng zusammenzuarbeiten.

Abg. Ritzek hebt als besonders positiv die Zusage des Ministers hervor, den Ausschuss rechtzeitig über die Beratungsgegenstände des Ausschusses der Regionen unterrichten zu wollen. Er spricht sodann das Protokoll über die letzte Sitzung des Ausschusses der Regionen an, in dem der Erweiterungsprozess als ein prioritäres Thema des Ausschusses der Regionen genannt werde und die Finanzierung von Regionalflughäfen durch die Europäische Union für die Zukunft in Frage gestellt werde.

M Döring führt dazu aus, dass der Erweiterungsprozess der Europäischen Union in der Vergangenheit sicher auch im Ausschuss der Regionen eine große Rolle gespielt habe und zurzeit

dort auch sehr engagiert Gespräche über die Beitritte von Zypern und der Türkei geführt würden.

Er bestätigt, dass die Diskussion auf der Europäischen Ebene in der Tat dahin gehe, künftig regionale Flughäfen nicht mehr über Strukturfonds zu fördern.

Abg. Ritzek möchte weiter wissen, was unter der Ankündigung des Ministeriums in einer Pressemitteilung zu verstehen sei, dass die ökonomischen und ökologischen Standards in Russland angehoben werden müssten.

M Döring antwortet, es mache keinen Sinn, dass beispielsweise nur einzelne Anrainerstaaten der Ostsee ihre Trinkwasserqualität immer weiter verbesserten, während andere Staaten, zum Beispiel Russland, überhaupt keine oder nur sehr niedrige Qualitätsstandards hätten. Hier müsse versucht werden, durch entsprechende Projekte eine Angleichung hinzubekommen.

Eine weitere Frage von Abg. Ritzek zu einer Pressemitteilung im Zusammenhang mit dem Besuch der neuen Direktorin des Sekretariats des Ostseerates, Frau Dr. Kötschau, beantwortet M Döring dahingehend, in der Pressemitteilung seien nur die Institutionen aufgezählt worden, in denen die Regierung auch vertreten sei, die Parlamentsorganisationen Ostseeparlamentarierkonferenz und die Parlamentskonferenz Südlicher Ostsee würden schon aus Hochachtung gegenüber dem Parlament nicht genannt.

Abg. Fischer begrüßt die von Minister angekündigte regionale Schwerpunktbildung im Bereich der Ostseepolitik und erklärt, es sei seiner Meinung nach wichtig, dass die in diesem Bereich oft parallel bestehenden Initiativen und Partnerschaften des Landtages und der Landesregierung auch in Zukunft aufeinander abgestimmt würden.

Er hebt noch einmal die besondere Rolle Kaliningrads als Partnerregion für das Land Schleswig-Holstein hervor und begrüßt, dass auch die neue Landesregierung der Meerespolitik weiterhin einen großen Stellenwert einräumen wolle. Unter dem Stichwort europäische Meerespolitik bestehe die Chance, beide Küsten des Landes in die politischen Prozesse miteinzubeziehen.

Abg. Fischer knüpft an die Ausführungen von M Döring zum Ausschuss der Regionen an und stimmt ihm darin zu, dass der Ausschuss der Regionen als Institution vor Ort stärker bekannt gemacht werden müsse.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag von M Döring, ein gemeinsames Arbeitsprogramm mit dem Europaausschuss festzulegen, betont Abg. Fischer, dies sei sicherlich ein guter Weg, allerdings werde das Parlament auch in Zukunft eigene Schwerpunkte setzen.

Abg. Ritzek bittet M Döring abschließend, im Rahmen einer seiner nächsten Besuche im Ausschuss darzulegen, wie die Landesregierung sich in den Prozess der Lissabon-Strategie einbringen wolle und wie sie die Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation mit den Informationsbüros in den baltischen Staaten einschätze.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktueller Sachstand zur Vorbereitung der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28. bis 30. August 2005 in Vilnius

Berichterstatter: Landtagspräsident Martin Kayenburg

hierzu: Umdruck 16/99

Zu Beginn seiner Ausführungen zum aktuellen Sachstand zur Vorbereitung der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28. bis 30. August 2005 in Vilnius sichert Präsident Kayenburg dem Europaausschuss seine Unterstützung bei dem gemeinsamen Ziel zu, die Stimme des Landtages in der internationalen Zusammenarbeit zu stärken.

Er verweist auf die dem Ausschuss schon vor den Sommerferien zugeleiteten Unterlagen über die 14. Ostseeparlamentarierkonferenz, Umdruck 16/99, die neben den aktuellen Tagungsunterlagen auch Dokumente über den Vorbereitungsweg zur Konferenz enthielten. Er betont, dass noch keine Konferenz der BSPC eine so anspruchsvolle und interessante Aufgabe zu erledigen habe wie die aktuelle, nämlich die parlamentarische Dimension der BSPC durch die Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Struktur zu stärken.

Präsident Kayenburg geht im Folgenden auf die Ausgangslage für die anstehende Strukturdebatte näher ein und erklärt, zwölf Jahre nach ihrer Gründung sei es folgerichtig, dass die BSPC über ihr Selbstverständnis, über die interne Struktur und die künftige inhaltliche Ausrichtung ihrer Arbeit nachdenke. Dies müsse vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Bereich der europäischen Union und der Frage nach der zukünftigen Rolle Russlands in der Ostseekooperation geschehen. Ein wichtiges Ziel müsse außerdem sein, die Wahrnehmbarkeit des Raumes rund um die Ostsee in Brüssel seiner politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend zu verbessern. In der Vergangenheit sei es fast ausschließlich aufgrund Initiativen aus Schleswig-Holstein gelungen, Kontakte zur EU-Kommission oder zum Ausschuss der Regionen zu vermitteln. Eine wichtige Funktion habe hierbei das Hanse-Office in Brüssel eingenommen.

Er hebt das besondere Engagement und die Verdienste Mecklenburg-Vorpommerns im Bereich der Schiffssicherheit und die gute Zusammenarbeit zwischen Kiel und Schwerin auf parlamentarischer Ebene als gutes Beispiel für Kooperation statt Konkurrenz auf dem Weg hin zur Verwirklichung der Vision eines gemeinsamen Raumes um die Ostsee hervor.

Außerdem begrüßt er die Neubesetzung der Spitze des Ostseesekretariats durch die ehemalige Landtagsvizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau als günstige personelle Konstellation, wenn es darum gehe, die Beziehungen zwischen der BSPC und dem CBSS in beiderseitigem Interesse zu stärken und die Rolle der Landesparlamente weiter aufzuwerten.

Präsident Kayenburg stellt sodann noch einmal die Hintergründe und die einzelnen Arbeitsschritte auf dem Weg zu den neuen Verfahrensregeln, dem Geschäftsordnungsvorschlag, der jetzt Gegenstand der Beratungen auf der Konferenz sein werde, dar. Ausgangspunkt sei der vom damaligen Landtagspräsidenten Arens im Dezember des vergangenen Jahres in Kiel unter Beteiligung der Abgeordneten aus allen Ländern der an der Ostseekooperation beteiligten Parlamenten, dem Deutschen Bundestag, des Europaausschusses und den Experten aus internationalen und mit der Ostseekooperation befassten Institutionen durchgeführte Workshop gewesen, auf dem die Position der deutschen Delegation zur Weiterentwicklung der parlamentarischen Dimension der Ostseekooperation habe fixiert werden können. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die umfangreiche Synopse, die den Ausschussmitgliedern unter anderem im Umdruck 16/99 vorliege.

Diesem in Struktur, Inhalt und Umfang überzeugenden Papier habe bei der folgenden Beratung Anfang des Jahres 2005 im Standing Committee kein Parlament etwas Vergleichbares entgegensetzen gehabt und dieses habe sich auch gegenüber dem - seiner Meinung nach - völlig überdimensionierten und nicht zu finanzierenden Vorschlag Russlands durchgesetzt. Die von Schleswig-Holstein vorgegebene Linie, die auch noch einmal in dem so genannten Kompromisspapier niedergelegt sei, gehe davon aus, dass schlanke Strukturen, niedrige Budgets und Kosten sowie die Fortsetzung erprobter Verfahren Vorrang haben sollten.

Er - so Präsident Kayenburg weiter - halte diesen Vorschlag weiterhin für realistisch, denn das Standing Committee könne so ohne schwerfälligen und teuren administrativen Unterbau die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen, indem es die Rückkoppelung mit der Arbeitsebene der jeweiligen Parlamente suche. Dieser Ansatz unterstreiche zugleich die Notwendigkeit einer engen politischen und fachlichen Zusammenarbeit der an der Ostseekooperation beteiligten Parlamente auf der Ausschussebene.

In diesem Zusammenhang begrüßt er die vom Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages geknüpften Kontakte zu den Ausschüssen anderer deutscher Nachbarparlamente und den Ausschüssen für internationale Beziehungen in den Partnerparlamenten in Westpommern und Pommern. Präsident Kayenburg weist darauf hin, dass der Vorsitzende des Internationalen Ausschusses in Danzig bei seinem Antrittsbesuch Anfang Juli des Jahres den Wunsch nach baldigen und intensiven Kontakten zum Europaausschuss des Schleswig-

Holsteinischen Landtages geäußert habe und das Parlamentsforum Südliche Ostsee in Binz im September sicher Gelegenheit bieten werde, darüber vertiefend ins Gespräch zu kommen.

Er geht im Folgenden auf die Schwerpunkte der vorliegenden Synopse zu den neuen Geschäftsordnungsregelungen auf der Grundlage des Kompromisspapieres von Schleswig-Holstein näher ein, Umdruck 16/99. Dabei hebt er insbesondere das Ziel der Verabschiedung eines Arbeitsprogramms hervor und weist darauf hin, dass er den Ausschussmitgliedern im gleichen Umdruck auch einen Entwurf des Arbeitsprogramms 2005/2006 für das Standing Committee zugeleitet habe. Für Vorschläge aus dem Ausschuss zu weiteren Akzenten und Schwerpunkte sei er dankbar.

Präsident Kayenburg spricht weiter den Entwurf der Schlussresolution an, der ebenfalls im Umdruck 16/99 enthalten sei, und erklärt, er sei sich darüber im Klaren, dass dieser Entwurf den Anforderungen einer Konzentration auf Kernkompetenzen und auf Konkretisierung noch nicht entspreche. Man müsse jedoch auch der interkulturellen Dimension der Arbeit Rechnung tragen und in einem gewissen Umfang politische Be- und Empfindlichkeiten berücksichtigen. Seiner Meinung nach sei es jedoch unbedingt erforderlich, sich auf parlamentarische Kernkompetenzen zu konzentrieren. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Vorfeld dieser BSPC sollten als klassisches Tätigkeitsfeld für parlamentarisches Engagement auch und vor allem interkulturelle Projekte und interkulturelles Training ins Auge gefasst werden. Als Teil des Arbeitsprogramms komme ferner die Einrichtung von Arbeitsgruppen in Betracht, bei denen das vorgeschlagene Parlament auch die Federführung und damit die Verantwortung für die fristgerechte Vorlage von Ergebnissen übernehme. Der Nordische Rat habe vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe „Eutrophierung der Ostsee“ einzusetzen, Umdruck 16/99. Der Vorschlag von Mecklenburg-Vorpommern, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die eine Stellungnahme zum Grünbuch der EU-Kommission zur integrierten EU-Meerespolitik erarbeiten solle, habe in der letzten Sitzung des Standing Committees leider keine Mehrheit gefunden. Bei dem Vorbereitungsgespräch der deutschen Delegationsleitungen in Kiel sei jedoch vereinbart worden, dass man sich in Vilnius für die Initiative aus Mecklenburg-Vorpommern einsetzen wolle.

Abschließend verweist Präsident Kayenburg zum Programmablauf im Einzelnen auf die vorgelegten Unterlagen. Zusammenfassend stellt er fest, dass es sich lohne, über den Horizont des politischen Tagesgeschehens hinausblicken und sich in der Ostseekooperation zu engagieren. Auch auf der Ebene der Landesparlamente sei es möglich, Zeichen zu setzen, wahrgenommen zu werden und Entwicklungen zu beeinflussen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Konzepte und Strategien für das Auslandsmarketing

Berichterstatter: Armin Dellnitz, Geschäftsführer der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH

Herr Dellnitz, Geschäftsführer der Tourismus-Agentur Schleswig-Holstein GmbH, führt im Zusammenhang mit Konzepten und Strategien für das Auslandsmarketing unter anderem aus, der Anteil ausländischer Gäste in Schleswig-Holstein betrage laut amtlicher Statistik knapp 5 %. Wichtig sei, dass dieser Anteil entgegen des allgemeinen eher abnehmenden Trends weiter zunehme. Innerhalb der Zielgruppe der ausländischen Gäste könne man zwei Gruppen ausmachen, zum einen die skandinavischen Gäste, die hauptsächlich auf der Durchreise an der Ostsee und in den Städten Schleswig-Holsteins nur wenige Tage verbrächten, und zum anderen die Gäste aus dem Alpenland, die Urlaub an der Nordsee machten. Deshalb müssten auch zwei ganz unterschiedliche Marketingstrategien gefahren werden, um diese Gäste anzusprechen.

Größte Konkurrenten auf diesem Gebiet seien die Nachbarländer Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Schleswig-Holstein versuche durch eine sehr klare Ausrichtung auf die genannten Zielmärkte den Anteil der ausländischen Gäste von derzeit etwa eine Millionen auf 1,5 Millionen in den nächsten drei Jahren zu erhöhen. Dieses Ziel sei auch realistisch. Hilfreich sei hierbei unter anderem die mit drei Journalisten permanent geleitete Pressearbeit. Dadurch sei Schleswig-Holstein wie kaum ein anderes Land in den Redaktionen präsent.

Er verweist außerdem auf die Werbegemeinschaft „Deutsches Küstenland“, an der alle deutschen Küstenländer beteiligt seien und durch die man versuche, die Küstenregionen Deutschlands insgesamt besser zu vermarkten. Außerdem wage man ab dem nächsten Jahr auch erste Schritte, um auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen. Hier sei geplant, mit den eher geringen Mitteln Multiplikatoren anzusprechen, denn diesen wachsenden Markt dürfe man nicht allein den süddeutschen Ländern überlassen.

Abg. Ritzek möchte wissen, ob es auch Kontakte beispielsweise zu Polen oder anderen Ostseeländern gebe und mit ihnen gemeinsam Vermarktungsinitiativen geplant seien. Herr Dellnitz antwortet, es sei schon relativ schwierig, die fünf deutschen Küstenländer unter einen Hut zu bekommen. Zunächst einmal sei müsse das „Deutsche Küstenland“ gut laufen. Grundsätzlich wolle man sich jedoch den Zielvorstellungen einer breiten Kooperation entlang der Ost-

see nicht verschließen. Deshalb kooperiere man schon jetzt in einzelnen Bereichen. Man dürfe jedoch auch nicht vergessen, dass die anderen Ostseeanrainerstaaten zu immer größeren Konkurrenten für Schleswig-Holstein würden.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht über die aktuelle Arbeit des Vereins Offene Welt in Kaliningrad

Berichterstatter: Pavel Marataev, Geschäftsführer des Vereins Offene Welt in Kaliningrad

hierzu: Umdruck 16/147 und Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Frau Prof. Schmid-Kärner verweist kurz auf die Tischvorlage, Umdruck 16/147, in der die Vorhaben in Sachen Kaliningrad für das Jahr 2005 aufgelistet seien. Sie stellt sodann Herrn Marataev als ehrenamtlichen Geschäftsführer des Vereins Offene Welt vor, der Träger des Modellprojektes „CHANCE“ sei.

Herr Marataev stellt zu Beginn seines Vortrages (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift) fest, Ziel des Modellprojektes sei es, durch die Betreuung in einem Haus vor Ort in Kaliningrad ehemaligen Bewohnern von Kinderheimen, Internatsbewohnern, zu helfen, ein selbstbestimmtes Leben zu lernen. Das fange damit an, dass die Jugendlichen lernen müssten, mit Geld umzugehen, zu kochen oder auch Behördengänge zu erledigen. In Kaliningrad gebe es allgemein große Wohnungsprobleme, eine besondere Problemgruppe stelle jedoch die Gruppe der ehemaligen Bewohner von Kinder- und Jugendheimen dar. Noch vor vier Jahren hätten 80 % von ihnen keine Wohnung gehabt, inzwischen habe sich die Situation etwas verbessert.

Frau Prof. Schmidt-Kärner ergänzt, dieses Problem habe es früher nicht gegeben, da die Jugendlichen nach ihrem Heimaufenthalt in großen Betrieben Arbeitsplätze vermittelt bekommen hätten, an die dann auch Wohnheime angegliedert gewesen seien. Diese Betriebe und Firmen existierten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in dieser Form nicht mehr, sodass verstärkt Wohnungsprobleme aufträten.

Herr Marataev führt weiter aus, nach der Einrichtung einer ambulanten Beratungsstelle mit drei Sozialpädagogen vor zwei Jahren sei vor einem Jahr als zweiter Schritt des Projektes ein Haus für betreutes Wohnen in Kaliningrad gekauft und eröffnet worden. Dort wohnten zurzeit neun Jugendliche. Bei einem Tag der offenen Tür vor zwei Wochen sei das Projekt in Kaliningrad der Öffentlichkeit vorgestellt worden und habe großen Anklang gefunden. So habe sich unter anderem der Gouverneur eineinhalb Stunden Zeit für einen Besuch genommen und Unterstützung für dieses Jahr sowie die Finanzierung des Projektes für das nächste Jahr durch den Haushalt der Gebietsduma in Aussicht gestellt.

Er nennt als Ziele für die nächsten Jahre die Sicherung der dauerhaften Finanzierung durch Mittel aus dem Haushalt der Gebietsduma und die Erweiterung des Hauses durch den Ausbau des Dachstuhls.

Abschließend bedankt er sich noch einmal für die Unterstützung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Projekt, das bisher hauptsächlich durch ausländische Finanzierung, vor allem von deutscher Seite von der Robert-Bosch-Stiftung und dem Förderverein für Wirtschaftsbeziehungen und Jugendbildung aus Lübeck, finanziert worden sei, sei sehr wichtig für die Jugendlichen und trage in Kaliningrad zum Aufbau der Zivilgesellschaft bei.

Abg. Höfs und Abg. Franzen berichten von ihren Besuchen im Haus in Kaliningrad. Abg. Franzen regt an, die Wohnungsgenossenschaften des Landes als Experten für Wohnungsprobleme um ein Gespräch über die geschilderten Probleme in Kaliningrad zu bitten.

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Besuch von Herrn Marataev und begrüßen das Projekt noch einmal ausdrücklich.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Auswertung der Anhörung EU-Meerespolitiken

hierzu: Niederschrift zur 2. Sitzung des Europaausschusses, 18. Mai 2005

Abg. Fischer schlägt vor, das Thema EU-Meerespolitiken im Gespräch mit dem Hamburger Europaausschuss zu vertiefen und in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Wirtschaftsausschuss zusammen mit einem Vertreter des maritimen Verbundes das Thema weiter zu behandeln.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, regt außerdem an, zu einer Sitzung des Europaausschusses zu diesem Thema auch die Europaabgeordneten des Landes einzuladen.

Der Ausschuss stimmt diesen Verfahrensvorschlägen zu.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz
Schleswig-Holstein für das Jahr 2005**

Drucksache 16/50

(überwiesen am 27. Mai 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Datenschutzbeauftragte Dr. Weichert geht kurz auf die die europäischen Fragen betreffenden Punkte im vorliegenden Bericht ein und stellt fest, der Bericht widme dem Thema Europa kein eigenes Kapitel, da europäische Fragen in allen Bereichen relevant seien und sozusagen eine Querschnittsaufgabe darstellten.

Seit dem Vertrag von Amsterdam gebe es einen europäischen Datenschutzbeauftragten und eine europäische Datenschutzverordnung sowie eine Zuständigkeit innerhalb der Kommission, die zurzeit bei der Generaldirektion Justiz und Inneres liege. Da die Generaldirektion auch für Frage der Sicherheitspolitik zuständig sei, komme es hier leider manchmal zu Interessenkonflikten mit dem Datenschutz.

Er verweist sodann auf einige aktuelle Aktivitäten im Bereich des Datenschutzes durch die EU-Kommission und nennt hier die von Datenschützern, aber auch Bundestag und Bundesregierung, sehr kritisch gesehene Richtlinie für die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten an. Er erklärt, er würde sich sehr freuen, wenn sich auch der Landtag an dieser kritischen Begleitung beteiligen würde.

Weiteres Projekt der Europäischen Kommission sei die europäische Passverordnung, die die Einführung biometrischer Pässe vorsehe. Er weist darauf hin, dass die ab November 2005 in Deutschland eingeführten biometrischen Ausweise zunächst nur zweidimensionale Gesichtsbilder und noch keinen biometrischen Fingerabdruck enthalten werden, da dazu zunächst das Passgesetz geändert werden müsse.

Als weitere interessante datenschutzrechtliche Themen, die sich in der Planung im EU-Bereich befänden, nennt er den Aufbau eines Visainformationssystems mit biometrischen Daten, den Ausbau verschiedener Informationsverbände im Sicherheitsbereich, wie zum Beispiel Europol und Schengen-Informationssystem, Eurojus und die so genannte Flugdatenaffäre. Für nähere Informationen verweist er auf den vorliegenden Bericht.

Der Datenschutzbeauftragte Dr. Weichert geht weiter auf die durch eine Anschlussfinanzierung durch die Europäische Union unterstützten Projekte des Datenschutzgütesiegels und -audits des ULD ein, die überaus erfolgreich seien und mit dazu beigetragen hätten, dass das ULD inzwischen über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinweg bekannt sei. Daneben fördere die Europäische Union auch das Informationszentrum des ULD, das ULDi, und beteilige sich an zwei Projekten zum Identitätsmanagement und zur europäischen Melderechtsauskunft.

Abschließend berichtet er über das anhängige Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland wegen des Verstoßes gegen die europäische Datenschutzrichtlinie. Deutschland werde vorgeworfen, dass seine Datenschutzbeauftragten nicht ausreichend unabhängig seien. Er sei relativ zuversichtlich - so Herr Dr. Weichert -, dass die Konstruktion in Schleswig-Holstein, bei der eine Rechtsaufsicht ausschließlich im nicht öffentlichen Bereich durch das Innenministerium stattfinde, den Rahmenbedingungen der europäischen Datenschutzrichtlinie genüge.

Abg. Fischer erklärt, er würde sich ein eigenes Kapitel zum Thema Europa im Datenschutzbericht wünschen, damit noch deutlicher werde, dass der Datenschutz ein europäisches Thema sei. Er bittet außerdem darum, dass sich der Ausschuss noch einmal gesondert mit dem Thema Datenschutz auf der europäischen Ebene befasst.

Der Ausschuss begrüßt diesen Verfahrensvorschlag.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Tätigkeitsbericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein für das Jahr 2005, Drucksache 16/50, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/43 (neu)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 16/133

(überwiesen am 16. Juni 2005 an den **Sozialausschuss** und alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Herr Mitzloff führt kurz in den Bericht ein und hebt besonders die Notwendigkeit der Schaffung von Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen für Menschen mit Behinderung hervor, damit eine selbstbestimmte Teilhabe ohne fremde Hilfe für sie möglich sei. Das betreffe im Wesentlichen den Kommunikations-, Wohn- und Mobilitätsbereich. Darüber hinaus sei es auch sehr wichtig, die politische Teilhabe der Menschen im Land voranzutreiben, hier gebe es vor allem Nachbesserungsbedarf in der Kommunalverwaltung und der Stellung von kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen.

Er geht kurz auf das Interregprojekt MOPARK, Mobilität in Nationalparks, näher ein und bittet dem Landtag um seine Unterstützung.

Weiter spricht er die Erklärung von Barcelona an, die die barrierefreie Umgestaltung der Kommunen zum Gegenstand habe, und bemängelt, dass bisher lediglich eine einzige Stadt in Schleswig-Holstein, nämlich Niebüll, der Erklärung beigetreten sei. Er fordert den Europaausschuss auf, sich dafür einzusetzen, dass sich noch weitere Kommunen dieser Erklärung anschließen.

Abschließend geht er kurz auf das Antidiskriminierungsgesetz und die Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV) ein und stellt fest, dass auch hier noch großer Handlungsbedarf bestehe.

Abg. Spoorendonk schlägt vor, dass sich der Europaausschuss mit der Frage befassen sollte, wie andere europäische Länder, zum Beispiel die Nachbarn Deutschlands, mit den Proble-

men, die Menschen mit Behinderungen im Alltag zu bewältigen hätten, umgehen, welche Lösungsansätze sie gewählt hätten.

Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu und nimmt den 2. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit, Drucksache 16/43 (neu), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, seine für den 19. Oktober 2005 vorgesehene Sitzung auf den 26. Oktober 2005, 10:00 Uhr, zu verschieben.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin